

Jugendpolitik

Thesen kommunaler Jugendpolitik für Niedersachsen

Junge Liberale Programmatik

DI-2730

THESEN KOMMUNALER JUGENDPOLITIK

PRÄAMBEL

In Anerkennung ihrer Grundsatzbeschlüsse stellen die Jungen Liberalen in Niedersachsen ihre THESEN KOMMUNALER JUGENDPOLITIK auf. Sie orientieren sich dabei an den Grundwerten Menschenwürde, Freiheit, Chancengleichheit und Gerechtigkeit, Solidarität und Toleranz.

Ziel liberaler Jugendpolitik ist die Stärkung der Eigenverantwortlichkeit des Jugendlichen als soziales und autonomes Individuum. Der jugendliche Mensch ist als Teil unserer Gesellschaft zu betrachten. Er darf nicht außerhalb unserer Sozialordnung stehen.

JUGEND UND POLITIK

Das Engagement vieler Jugendlicher findet nicht mehr innerhalb der herkömmlichen Institutionen statt, sondern artikuliert sich außerhalb von diesen und artet zum Teil in blinden Aktionismus gegen die bisherigen Machtzentren aus. Daher muß liberale Jugendpolitik den Jugendlichen mit einem Größtmaß an Toleranz begegnen und dabei versuchen, die Parteien als Interessengruppen - und somit die parlamentarische Demokratie - wieder als Möglichkeit zur politischen Mitverantwortung darzustellen. Gerade in der Kommunalpolitik müssen politische Entscheidungen einsehbar sein. Die Jungen Liberalen treten deshalb für einen Ausbau der politischen Bildungsangebote ein. Die Jugendlichen können ihre Rechte nur wahrnehmen, wenn sie diese auch kennen. Zur politischen Bildung gehört auch die Ermutigung und Anleitung zur politischen Aktion. Ein Schritt in diese Richtung wäre die Einrichtung von sog. "Rathausgesprächen", in denen Jugendliche über Aufgaben und Befugnisse der kommunalen Parlamente von erfahrenen Verwaltungsbeamten und Mandatsträgern eingewiesen werden.

In der Kommunalpolitik müssen politische Entscheidungen einsehbar sein.

Die Jungen Liberalen fordern, daß Jugendparlamente und Stadtjugendringe mehr als bisher in Entscheidungen eingreifen können, um so politische Vorgänge begreifbar zu machen.

JUGEND UND ARBEIT

Zu den Hauptproblemen jugendlicher Arbeitnehmer und Auszubildender gehören Jugendarbeitslosigkeit und die häufig noch nicht zufriedenstellende Situation am Arbeitsplatz. Die Jungen Liberalen fordern die Kommunen auf, die Arbeitslosigkeit auf dem Jugendsektor durch das Aufzeigen alternativer Ausbildungsgänge zu bekämpfen. Dies könnte durch eine Verstärkung der Berufsberatung auch außerhalb der Arbeitsämter geschehen. So sollen z. B. Berufsberatungswochen mit anschließenden Praktika an den Schulen möglichst überall die Regel werden.

Die Kommunalparlamente sollten außerdem die Behörden in stärkerem Maße zur Kontrolle der Einhaltung von arbeitsrechtlichen Bestimmungen zum Schutz jugendlicher Arbeitnehmer anhalten. Arbeitsschutzmaßnahmen dürfen kein Deckmantel für eine Verringerung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen sein.

Ursache für hohe Jugendarbeitslosigkeitszahlen ist häufig die wirtschaftliche Infrastruktur in den Kommunen. Die Kommunen sollten daher Wert auf eine gezielte Ansiedlung von kleineren und mittleren Unternehmen verschiedener Branchen legen. Hier bieten sich am dauerhaftesten sichere Arbeitsplätze und zahlreiche qualifizierte Ausbildungsplätze. Dieses Ziel sollte auch durch die Förderung von Unternehmensgründungen junger Selbständiger verfolgt werden.

Förderung junger
Selbständiger

Existenzgründungshilfen und dementsprechende Beratungsmöglichkeiten sollten überall zur Verfügung gestellt werden.

JUGEND UND FREIZEIT

Freizeit ist Privatsache. Jugendliche müssen ihre Freizeit eigenverantwortlich und auch außerhalb kommerzieller Angebote gestalten können. Gelegenheit dazu bieten Jugendgruppen und Jugendzentren, die noch mehr als bisher gefördert werden müssen. Jugendzentren müssen dann geöffnet werden, wenn Jugendliche Freizeit haben.

Freizeit ist Privatsache

Öffentlich geförderte Angebote und Einrichtungen müssen grundsätzlich allen Jugendlichen offenstehen. Die Jungen Liberalen setzen sich für eine kindgerechte Umgestaltung der Schulhöfe, die außerhalb der Schulzeit als Spielplätze genutzt werden sollen, ein.

Neben der Förderung der Jugendarbeit der Vereine ist ein flächendeckendes Angebot an offener Jugendarbeit anzustreben.

Jugendtreffs in
möglichst allen
Gemeinden.

Die Jungen Liberalen fordern die Kommunen auf, in möglichst allen Gemeinden Jugendtreffs zu errichten, in denen ehrenamtliche Mitarbeiter oder Kräfte mit Honorarverträgen den Jugendlichen zur Seite stehen und einen Teil der laufend anfallenden Arbeiten übernehmen.

Als Träger solcher Jugendtreffs sind freie Träger und Selbsthilfegruppen wie z. B. Fördervereine anzustreben.

Zur Erfüllung der sozialen und pädagogischen Aufgaben sollen durch Mitarbeiter der Kreisjugendämter und zentralen Jugendeinrichtungen der Landkreise Themen- und Aktionsangebote gemacht werden, die vor Ort abgerufen werden können. Besonderes Augenmerk ist dabei auf die ständige Aus- und Weiterbildung vor allem der ehrenamtlichen Kräfte zu legen.

Liberaler Jugendpolitik geht davon aus, daß die Selbstverantwortung des Einzelnen erlernt werden muß. Daher sind in den Jugendtreffs der Gemeinden und den Jugendzentren der Städte möglichst weitgehende Mitbestimmungsmöglichkeiten für die Jugendlichen zu schaffen.

Die Jugendlichen dürfen aber nicht dadurch überlastet werden, daß sie alle anfallenden Probleme selbst lösen sollen. Bereits bei der Ausstattung der Jugendeinrichtungen sollte auf die Wünsche der Jugendlichen eingegangen werden.

JUGEND UND KULTUR / BILDUNG

Förderung individueller
Anlagen zu Phantasie
und Kreativität

Kultur und Bildung sind notwendige Bedingungen für die Selbstverwirklichung des Einzelnen. Gerade bei Jugendlichen müssen die individuellen Anlagen zu Phantasie und Kreativität gefördert werden. Die Jungen Liberalen fordern eine stärkere Berücksichtigung der Jugend in der Kulturpolitik der Kommunen. Die Kommunen sollen durch stadtteilbezogene, dezentralisierte Angebote kultureller Bildungsmöglichkeiten versuchen, künstlerische Eigeninitiative anzuregen. Das geeignete Mittel ist die Einrichtung von Jugendkunstlehrgängen, zu denen die bestehenden Räumlichkeiten in den Schulen genutzt werden sollten.

Jugendlichen sollte dabei der Einstieg in künstlerisches Schaffen weitgehend frei von Leistungsdruck ermöglicht werden.

Die Jungen Liberalen fordern weiterhin, daß jungen Nachwuchskünstlern verstärkt die Präsentation ihrer Werke in kommunalen Kultureinrichtungen angeboten wird. Die Ermöglichung von Jugendkunstaustellungen und Kunstwettbewerben kann zu einer qualitativen Steigerung des ortsansässigen Kulturlebens führen. Kulturelle Vereine und Künstlervereinigungen sind gezielt zu fördern.

Neben der aktiven Kunstgestaltung sollen die Kommunen für eine jugendgerechtere Ausgestaltung des Kulturprogramms sorgen. Jugendbibliotheken sollen in größerem Umfang eingerichtet werden. Ebenso sollten die Theater- und Konzertspielpläne in dieser Hinsicht überdacht werden.

Da den Kommunen die letztliche Verantwortung für die konkrete Ausgestaltung des regionalen Bildungsangebotes zukommt, fordern die Jungen Liberalen, daß von dem Bau übergroßer Schulzentren weitgehend abgesehen wird. Stattdessen sollte das Schulangebot in vielfältiger Weise auf die Stadtteile verteilt werden, wobei kleinere Schulformen den anonymen Lernfabriken vorgezogen werden sollten. Bei der Auswahl des Schultyps (Gesamtschule, Gymnasium etc.) sollte der Elternwille entscheidend sein.

Schulangebot auf die
Stadtteile verteilen

JUGEND UND SEXUALITÄT

Libérale Sexualerziehung strebt eine weitgehende Enttabuisierung und eine natürliche Einstellung des Einzelnen zum Problembereich Sexualität und Familienplanung an.

Ein breit gefächertes Angebot an Beratungsstellen ist notwendig. Da Sexualität in hohem Maße eine Sache des individuellen Empfindens ist, halten die Jungen Liberalen eine einseitig betriebene Aufklärungsarbeit für nicht vereinbar mit liberalen Vorstellungen von Menschenwürde. Der Vielfalt der sexuellen Wertvorstellungen muß eine Vielfalt von Beratungsmöglichkeiten gegenüberstehen. Deshalb fordern die Jungen Liberalen eine stärkere Verlagerung dieses Bereiches auf freie Träger (z. B. Pro Familia), wobei professionelle Träger nicht ausgeschlossen werden sollten. Die Kommunen sollten hier finanziell unterstützend wirken.

Beratungsstellen sind
notwendig

JUGEND UND WOHNEN

Angesichts der immer mehr hervortretenden Wohnraumknappheit (besonders in Universitätsstädten) wird die Suche nach Wohnobjekten gerade für Jugendliche zu einem Problem.

Die Jungen Liberalen fordern daher von den Kommunalparlamenten eine verstärkte Aufklärungsarbeit, um so weitverbreiteten Vorurteilen gegen jugendliche Wohnungssuchende zu begegnen. Dies gilt auch für die Tolerierung neuer Lebensformen und Wohngemeinschaften.

Neue Lebensformen tolerieren

Weiterhin werden die Kommunen gehalten, den städtischen Grundbesitz für eine Wohnflächenbeschaffung zu nutzen.

Die Jungen Liberalen sind aber auch der Auffassung, daß Wohnungsbauförderung nicht mehr dazu führen darf, daß Städte rein nach Funktionen ("Schlafstadt") aufgeteilt werden. Gerade die Existenz von Studentenghettos in manchen Universitätsstädten wirkt einer bruchlosen Integration der Studenten in die Stadtgemeinschaft entgegen.

JUGEND UND BUNDESWEHR / ZIVILDIENTST

Soldaten in das Gesellschaftsleben eingliedern

Bundeswehrsoldaten sollten mehr als bisher in das Gesellschaftsleben der Kommunen eingliedert werden. Besonders dem Alkoholismus in den Kasernen muß entgegengetreten werden, indem den Wehrdienstpflichtigen außer Dienst eine sinnvolle Freizeitgestaltung ermöglicht wird. Eine stärkere Einbeziehung von Soldaten in die Konzeption von Bürgerzentren und Jugendtreffs muß von den betroffenen Gemeinden erbracht werden. Darüber hinaus ist eine verbesserte Verbindung zwischen den meist außerhalb liegenden Kasernen und den Stadtzentren durch öffentliche Verkehrsmittel anzustreben.

Die Jungen Liberalen fordern die Kommunen auf, verstärkt Stellen für Zivildienstleistende im städtischen Bereich zu schaffen. Dies sollte vor allem im sozialen und pflegerischen Sektor geschehen. Wenn dadurch gewährleistet werden kann, daß Kriegsdienstverweigerer tatsächlich in angemessenem Umfang eingezogen werden, könnte dies ein erster Schritt zur Abschaffung der Gewissensprüfung sein.

JUGEND UND INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN

Die Jungen Liberalen fordern die Kommunen auf, sich noch intensiver für die Idee der Völkerverbindung einzusetzen. Vorurteile gegenüber anderen Völkern kann man am besten durch persönlichen Kontakt zwischen Menschen verschiedener Nationalität abbauen.

Der Ausbau von Städtepartnerschaften mit ausländischen Gemeinden muß vorangetrieben werden und zu regem Austausch von Besuchen führen. Dabei sollte es weniger auf gegenseitige Kontakte zwischen hohen Funktionsträgern der betreffenden Städte ankommen. Gerade Jugendlichen muß eine finanziell begünstigte Möglichkeit gegeben werden, in den betreffenden ausländischen Städten menschliche Erfahrungen zu sammeln.

Neben Ländern der westlichen Welt sollten auch Länder des Ostblocks einbezogen werden.

BEHINDERTE

Die Eingliederung von geistig und körperlich Behinderten sollte ein vorrangiges Problem für die Kommunen sein. Gerade in der Jugendzeit können noch Grundsteine für eine Integration gelegt werden. Schulen und Jugendsozialeinrichtungen müssen derart behindertenfreundlich konzipiert sein, daß ein gleichberechtigtes Nebeneinander mit Nichtbehinderten möglich ist.

**Grundsteine für eine
Integration liegen
in der Jugendzeit.**

Der aufkommenden Behindertenfeindlichkeit ist entschieden entgegenzutreten.

AUSLÄNDER

Eine vorrangige Aufgabe der kommunalen Sozialpolitik ist die Integration von Kindern und Jugendlichen aus dem Ausland. Hauptproblem ist oft die Sprachbarriere, die durch ein breites außerschulisches Angebot an Sprachkursen überwunden werden muß.

Der Stadtplanung fällt die Aufgabe zu, die zunehmende Ghettoisierung zu verhindern.

Ghettoisierung verhindern

Die THESEN KOMMUNALER JUGENDPOLITIK wurden auf dem ersten Landeskongreß der Jungen Liberalen Niedersachsen am 12. April 1981 in Celle verabschiedet.

Herausgeber:

Landesvorstand der Jungen Liberalen Niedersachsen
Walter-Giesecking-Straße 22, 3000 Hannover 1

Satz:

Carsten Krumbach, Celle